

# I. Anmeldung

TOP:

---

**Verkehrsausschuss**  
**Sitzungsdatum 06.10.2016**  
**öffentlich**

**Betreff:**

**Park + Ride-Konzept Nürnberg**

**hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 11.01.2016**

**Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 07.03.2016**

**Anlagen:**

- Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 11.01.2016
- Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 07.03.2016
- Bericht
- Stellungnahme der VAG vom 14.03.2016
- Übersicht der P+R-Angebote in Nürnberg
- Grafik: Lage der P+R-Angebote in Nürnberg

**Bisherige Beratungsfolge:**

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
AfV	25.10.2001	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Sachverhalt (kurz):**

Mit Antrag vom 11.01.2016 bittet die SPD-Stadtratsfraktion die Verwaltung um einen Bericht über die Park+Ride-Anlagen in Nürnberg und die Möglichkeiten für eine Weiterentwicklung des P+R-Konzepts Nürnberg.

Mit Antrag vom 07.03.2016 bittet die CSU-Stadtratsfraktion die Verwaltung um einen Bericht über die Möglichkeiten, die P+R-Anlage am S Bahnhof Fischbach um ein P+R-Parkhaus zu erweitern. Ferner sind Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität zu prüfen, die Eignung des Standortes als Fernbushalt zu prüfen und gegenüber der BEG auf eine Taktverkürzung der S-Bahn hinzuwirken.

P+R-Angebote innerhalb Nürnbergs, bis ca. 8 km Radius um das Zentrum, sind als volkswirtschaftlich kritisch anzusehen. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass der Bedarf an P+R-Stellplätzen durch das Angebot in Nürnberg gut abgedeckt werden kann, trotz der teilweise auftretenden Fremdnutzung.

Park+Ride leistet allgemein nur einen kleinen Beitrag zum verkehrspolitischen Ziel, das Verkehrsaufkommen des MIV im Stadtgebiet zu reduzieren. Aus Sicht der Verwaltung ist eine Ausweitung des derzeitigen P+R-Angebotes über die erforderlichen Nachfragepotentiale hinaus weder aus verkehrlicher noch aus volkswirtschaftlicher Sicht zu empfehlen. Eine bedarfsgerechte Anpassung ist nur an einzelnen Standorten zu empfehlen.

Es wird auf den ausführlichen Bericht in der Beilage verwiesen.

**Beschluss-/Gutachtenvorschlag:**  
entfällt, da Bericht

**1. Finanzielle Auswirkungen:**

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

- Kosten noch nicht bekannt

- Kosten bekannt

**Gesamtkosten**

€

**Folgekosten**

€ pro Jahr

- dauerhaft     nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

**Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?**

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja

- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

**2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:**

- Nein (→ weiter bei 3.)
- Ja
  - Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
  - Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
  - Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

**2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt** (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

**3. Diversity-Relevanz:**

- Nein
- Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:  
Es handelt sich um eine grundsätzliche Fragestellung, bei der keine Belange mit Diversity-Relevanz betroffen sind.

**4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:**

- RA (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
- VGN
- 
- 

II. Herrn OBM

III. Ref. VI/Vpl

Nürnberg,  
Referat VI

(16169)